



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 15/25 (Nr.43) am 12.September 2025

Carina Webel bewertet die Situation

Stand der Transformation

Das Saarland steht aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur vor besonderen Herausforderungen durch Klimawandel und Energiewende, veränderte Globalisierung und technologischen Wandel. Ziehen wir eine Zwischenbilanz.



Gemeinsam die Sicht der Beschäftigten einnehmend: ver.di-OV-Vorsitzender Rainer. Tobae und AK-Abteilungsleiterin Carina Webel

Die Kassandrarufo scheinen im Saarland nicht weniger werden zu wollen.

Die Krise am saarländischen Arbeitsmarkt verschärft sich weiter. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 7,4 Prozent, dem höchsten Stand für einen Juni seit dem Corona-Jahr 2020. Besonders dramatisch ist der Rückgang im industriellen Bereich. Im verarbeitenden Gewerbe gingen im Saarland rund 5.500 Arbeitsplätze verloren.

Die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Energiepreise sind nach wie vor deutlich spürbar und die weiterhin hohen Energiepreise schaffen ein hohes Maß an Unsicherheiten. Die Arbeitskammer hat eine Neuausrichtung der Strompreispolitik gefordert. Strom sei ein Grundbedürfnis und müsse sowohl für private Haushalte als auch Industrie dauerhaft bezahlbar sein.

Die Transformation im Saarland beschäftigt unsere ver.di Gruppe schon seit Jahren. Mehrere Veranstaltungen haben wir dazu durchgeführt.

Jetzt lassen wir am 9. Oktober Carina Webel zu Wort kommen. Die Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik der Arbeitskammer des Saarlandes diskutiert ab 18 Uhr mit uns im ver.di-Haus. Der Titel ihres Vortrages lautet: „Stand und Probleme der Transformation aus Sicht der abhängig Beschäftigten.“

Bundesweiter Aufruf zum 3.10.2025:

Nie wieder kriegstüchtig!

Unterstützt jetzt die Demonstrationen und geht mit uns am 3. Oktober 2025 in Berlin und Stuttgart auf die Straße.

„Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. Die Hochrüstung führt zu massiver Verschuldung, drastischem Sozialabbau und der Militarisierung der Gesellschaft.

Dies geht insbesondere auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Kranken sowie der arbeitenden Menschen. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut.

Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Stopp des Hochrüstungskurses. Stattdessen Abrüstung für Soziales, Klima und Entwicklung.
- Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Entschlossenen Einsatz für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen.
- Nein zur Wehrpflicht.
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft. Keine Unter-

ordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit.

- Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern und von Krieg bedroht sind.
- Diplomatisches Engagement für ein schnelles Ende der Kriege in Europa und im Nahen und Mittleren Osten.
- Die Bundesregierung darf sich nicht weiter mitschuldig machen an einer von immer mehr Staaten und Organisationen als Völkermord klassifizierten Kriegsführung im Gazastreifen. Sie muss alles tun, damit der Krieg, die Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser und der Einsatz von Hunger als Waffe umgehend beendet werden.
- Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Unsere Vision bleibt eine Welt ohne Atomwaffen und Krieg. Wir fordern gemäß der UN-Charta, auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu verzichten. Es braucht die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.

Wir lehnen alle Kriege ab. Wir trauern um alle Opfer von Kriegen und Gewalt und verurteilen alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir wollen:

- Diplomatische Initiativen. Nur Verhandlungen und Abrüstung schaffen Sicherheit.
- Eine neue Entspannungspolitik für Europa, die die Friedens- und Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.
- Politische Konfliktlösungen, Friedenslogik und eine Kultur des Friedens.

Frieden braucht die Verteidigung der Demokratie und das Engagement jedes Einzelnen. Frieden braucht Bewegung. Frieden ist die Grundlage für ein gutes Leben künftiger Generationen.

Deswegen demonstrieren wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart!

Der ver.di OV Saar-Blies unterstützt wie auch der verdi-Bezirk Stuttgart und die ver.di-Friedensgruppe „Frieden jetzt!“ im Bezirk OWL die Demonstrationen. Wir fahren nach Stuttgart.

Der Vorstand des Ortsvereins ver.di Saar-Blies ruft zur Teilnahme an dieser Demonstration auf. Mit Unterstützung des ver.di-Bezirks setzen wir einen Bus ein, als Kostenbeitrag hätten wir von den ver.di-Mitgliedern gerne 10 Euro, von ver.di-Fans 20 Euro für die Fahrt vom Saarland nach Stuttgart und zurück.

Wegen den Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag in Saarbrücken, wird der Bus von St. Ingbert aus fahren, da in Saarbrücken viele Straßen gesperrt sind und der Parkraum sehr beschränkt ist. **Wir werden um 8.30 Uhr ab St. Ingbert fahren.** Am Bahnhof ist ein Parkhaus, der Regionalzug R1 von Trier ist um 7:57 Uhr in St. Ingbert, der Zug RB 71 von Homburg um 8:12 Uhr. Der ÖPNV einschließlich dem Regionalverkehr der DB ist an diesem Tag kostenlos. Bestellungen der Fahrkarten ist unbedingt im Vorfeld notwendig.

Die Redner*innen

per Video:

Jeffrey Sachs

Wirtschaftswissenschaftler, Columbia University

Ghassan Abu-Sittah

paläst. Chirurg, Rektor der Uni Glasgow

und live in Stuttgart:

Margot Käßmann

ehem. EKD-Ratsvorsitzende und
Landesbischofin von Hannover

Ulrike Eifler

Gewerkschafterin

Lothar Binding

Bundesvorsitzender der SPD AG 60 plus

Sevim Dagdelen

BSW, ehem. MdB

Rihm Hamdan

Palästinenserin aus München

Vincent Leuze

ver.di Jugend

Ronja Fröhlich

Bündnis „Nein zur Wehrpflicht“, SDAJ

Alev Bahadır

DIDF Bundesgeschäftsführung

Anthony Cipriano

VVN/BdA BaWü

Bewegende Rede eines Sozialdemokraten:

Klimmt brach Lanze für den Frieden

Wie in den vergangenen Jahren, so veranstaltete auch dieses Jahr zum Antikriegstag am 1. September der DGB eine Kundgebung am Denkmal für die Opfer des Faschismus in Völklingen. Diesmal sprach der ehemalige Ministerpräsident des Saarlandes, Reinhard Klimmt. Anschließend gab es an der St. Michael-Kirche ein Friedensfest.

Reinhard Klimmt wird im September 84 Jahre und ist der ehemalige Ministerpräsident und auch Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Er ist Buchautor, Vater von drei Kindern mit vier Enkeln. Er hat einen guten Namen im Land und er ist Unterzeichner des Manifestes des Erhard-Eppler-Kreises. Damit sprach ein friedensbewegter Sozialdemokrat auf dem Antikriegstag, was sich vom Vorjahr angenehm unterschied, als man Nato-Positionen vertrat.



Mit Gefühl und echter Betroffenheit schilderte Klimmt seine Gedanken zum Thema Frieden. Es habe nach



dem II. Weltkrieg lange gedauert ehe die Niederlage allgemein als Befreiung erkannt wurde. Die Wehrmachtsausstellung, deren Schirmherr er 1999 in Saarbrücken war, habe die Legende von der sauberen Wehrmacht widerlegt. Er machte aus seiner ablehnten Haltung zum Krieg kein Geheimnis, Kriegsbegeisterung ist für ihn verstörend.

Er bezog klar Position als „Enkel“ von Willy Brandt und knüpfte an dessen Überlegungen für eine friedliches Leben an. Brandt und Gorbatschow hätten die Sicherheitsinteressen des jeweils anderen beachtet. Auch wollten die Menschen egal wo sie geboren seien doch alle nur in Frieden leben. Alle lieben ihre Kinder, wollen ein Dach über dem Kopf, ein Auto und genug zu essen und etwas verschmitzt „und einige wollen dann noch eine Datscha“. Er wolle, dass „unsere Kinder für unser Land leben.“ Er bezog sich dabei auf die Kinderhymne von Bert Brecht.

Reinhard Klimmt stellte das Menschliche in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Ausführlich ging er auf zwei Kriege ein, die ihn besonders bedrücken.

Klar formulierte er seine Solidarität mit den Menschen in Israel, den Juden in Deutschland und überall auf der Welt, nicht aber mit der Regierung Netanjahu. Seine Solidarität gehöre den gequälten Palästinensern und nicht der verbrecherischen Hamas. Er habe vor 36 Jahren mit Schimon Peres, Yitzak Rabon und





Faisal el Hussein gesprochen. Sie hätten ihn befragt nach der Überwindung der Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Klimmt: „Sie waren Partner bei den Verhandlungen und wollten den Ausgleich, das friedliche Miteinander und Nebeneinander der beiden Völker. Rabin wurde im November 1995 auf einer Kundgebung von einem fanatischen Nationalisten ermordet. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Ja zum Frieden, Nein zur Gewalt“. El Hussein starb im Mai 2001 an einem Herzinfarkt. Die flapsige Bemerkung sei mir erlaubt. Beide drehen sich angesichts der grauenhaften Gegenwart im Grabe um und Willy Brandt mit ihnen. Deshalb keine Waffenlieferungen, sofortiger Waffenstillstand, Freilassung der Geiseln, Stopp der illegalen Siedlungen im Westjordanland.“

Auch in der Ukraine seien schon zu viele gestorben. Mit Maximalforderungen könne kein Frieden erreicht werden. Die Europäer sollten sich fragen, „ob die Russen nicht auch berechnete Interessen haben“. Man müsse Verhandlungen befördern anstatt stets nur Waffen zu liefern.

Die Zustimmung von dem ehemaligen Bundeskanzler Scholz für die Aufstellung der US-Mittelstreckenraketen nennt er falsch. Das sei fahrlässig und so würden wir zur Zielscheibe. Auch wäre es verkehrt, dass man nicht gleichzeitig mit Russland über eine Abrüstung verhandle.

Scharfe Kritik übte er auch an dem 5 %-Ziel. Wer so viel Geld für die Rüstung ausbebe, der habe nichts mehr für den sozialen Bereich. Unser Volk müsse friedensstüchtig bleiben und nicht kriegsstüchtig werden.

Reinhard Klimmt überzeugte die Anwesenden sehr und bekam viel Zustimmung für seine konkreten Forderungen. Es sei höchste Zeit für eine „Rückbesinnung auf die Werte der Charta der Vereinten Natio-

nen“ und die Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki.

Viele Kundgebungsteilnehmer gratulierten spontan und beglückwünschten den Ministerpräsidenten a.D. für seine mutige und engagierte Rede. So hat im Saarland schon lange kein Sozialdemokrat mehr eine Lanze für den Frieden gebrochen. Auch der ehemalige DGB-Saar-Vorsitzende Eugen Roth zeigte sich auf dem anschließenden Friedensfest begeistert.

Zustimmung auch von den Vertretern aus den unterschiedlichen Gewerkschaften, so auch von ver.di. Wir waren vom Ortsverein mit 19 Kolleginnen und Kollegen vertreten, verteilten unsere Erklärung und warben für die Demonstration am 3. Oktober in Stuttgart. Auch die stellvertretende Landesbezirksleiterin Sabine Engelhardt-Cavelius und unser Geschäftsführer Christian Umlauf nahmen an diesem Antikriegstag teil.

Timo Ahr vom DGB war leider erkrankt und musste kurzfristig absagen. Dafür sprachen der neue Vorsitzende des Kreisverbandes Saarbrücken, Marco Rupprecht, und die Geschäftsführerin der DGB-Region Saar-Trier, Fabienne Wolfanger. Sie verlas den offiziellen Text des DGB zum Antikriegstag. Für uns sollten die letzten Worte der Rede von Reinhard Klimmt als Aufforderung in Erinnerung bleiben: „Friedensfähig zu sein ist das Gebot der Stunde. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“



Antimilitaristischer Aktionstag vor St. Christoph:

Kollege Quetting sprach in Mainz

Unter dem Motto „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ fand am 30. August ein Aktionstag auf dem Vorplatz der Gedenkkirche St. Christoph in Mainz statt.

Der Tag begann um 11 Uhr mit einer Jugenddemonstration gegen die Wehrpflicht. Um 12 Uhr sprach unser Mitglied Michael Quetting unter dem Motto „Es gibt kein Butter **und** Raketen.“ Während Milliarden in die Rüstung fließen, würde das Geld für Krankenhäuser, Kitas, Schulen, beim Klima, bei Bus und Bahn fehlen.

Der Kollege betonte, dass man nicht nur einen Krieg gegen andere Länder führe, man führe auch einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung: „Was wir auch als Krisenauswirkung zu spüren bekommen, Inflation, unzureichende Lohnabschlüsse, teure Mieten, schlechte Schulen und Kitas mit zu wenig Fachpersonal, katastrophale Pflege, Zwei-Klassen-Medizin, teurer und unbefriedigender ÖPNV und unpünktliche Züge - alles steht im Zusammenhang mit der Aufrüstung. Selbst den notwendigen Umbau aufgrund der ökologischen Krise wird es unter diesen Bedingungen nicht geben.“



Allerdings mussten wir begreifen, dass die wachsende Kriegsgefahr Ergebnis der kapitalistischen Krisenentwicklung sei, die weit über die konjunkturellen Krisen der Vergangenheit hinausgeht und als eine systemische Krise des Kapitalismus eingeordnet werden müsse. Quetting: „Die aktuellen Krisen verstärken sich gegenseitig. Während der globale Süden an ökonomischer Stärke und politischem Selbstbewusstsein gewinnt, wehrt sich der globale Norden gegen Deindustrialisierung und politischen Bedeutungsverlust. Dies führt zu den geopolitischen Konflikten, die schließlich die Hochrüstung auslösen. Und die ist nur mittels erheblichen Sozial- und Demokratieabbau scheinbar zu bewältigen. Das ist der Nährboden für die Rechtsentwicklung und selbst die



gutgemeinte Brandmauer wird das nicht ändern, sondern nur eine andere Politik, eine neue Politik, die die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen in den Mittelpunkt stellt.“

Bis zum Nachmittag gab es in Mainz Redebeiträge, Musik, Literaturlesungen und Mitmachaktionen. Auch eine Kinderbetreuung wurde angeboten. Mit einem attraktiven Stand einschließlich Quiz mit attraktiven Preisen war auch die ver.di-Jugend Mittelrhein vertreten.

In drei Diskussionsrunden wurden aktuelle Themen aufgegriffen - von der Wehrpflicht über Raketenstationierungen in der Region bis hin zu Berichten und Eindrücken aus internationalen Kriegsgebieten. Den musikalischen Abschluss gestaltete gegen 17 Uhr die Musikgruppe Friedenshaus Rüsselsheim.

Der Aktionstag wurde von einem breiten Bündnis aus 24 Organisationen und Initiativen getragen, die damit ein gemeinsames Zeichen für Frieden und gegen Militarisierung setzten.



Tommy le Rouge & Sigi Becker

Abend mit den Grenzgängern

Unsere aktiven Mitglieder Thomas Schulz und Sigi Becker waren die Hauptpersonen einer beeindruckenden Kulturveranstaltung des Ortsvereins am 11. September.

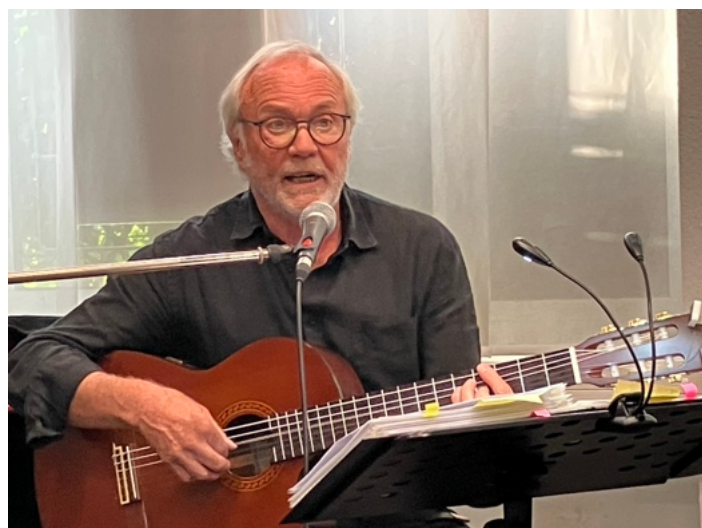


Unter dem Titel „Grenzgänger“ veranstalteten unsere ver.di-Kollegen Sigi Becker und Thomas Schulz am 11. September im ver.di-Haus ein tolles Programm mit Kabarett und Musik.

DGB-Gewerkschaftssekretär Thomas Schulz alias Tommy le Rouge als Grenzgänger, er wohnt in Forbach und fährt täglich mit dem Lastenfahrrad nach Saar-

brücken, und der Sozialarbeiter und bekannte Liedermacher Sigi Becker präsentierten eine interessante Mischung aus Kabarett und poetisch-politischen Chansons und Gedichten.

Die Wanderungen der Gedanken und die Unterhaltungen über die Groß-



region, den Großherzog und seine Gemahlin, über Saarländer und Franzosen und auch über Norddeutsche erwärmten Herz, regten den Verstand an und bereiten auch Freude.



Ehre, dem Ehre gebührt

Der ver.di Bezirk Region Saar-Trier ehrt in guter Tradition jährlich langjährige Mitglieder für ihre Treue und ihr Engagement in der Gewerkschaftsbewegung. Die saarländischen Kolleg*innen trafen sich am 9. September in der Neunkircher Gebläsehalle.

Einmal im Jahr ehrt ver.di ihre langjährigen Mitglieder. Auch in diesem Jahr traf man sich in Neunkirchen und feierte mit den 25, 40, 50, 60, 65 und 70 Jahre in der Gewerkschaftsbewegung.



Jule Mole führte gekonnt durch das Programm und erinnerte jeweils an besondere Ereignisse in den Jahren, als die Kolleginnen und Kollegen Mitglied wurden, dabei wechselte sie gekonnt von bundesweiten Ereignissen zu saarländischen Besonderheiten, indem sie das Saarländische perfekt im saarländischen Dialekt vortrug. Die Vorsitzende Susanne Kasztan-



towicz befasste sich in ihrer kurzen Begrüßung mit den aktuellen Angriffen auf den Sozialstaat. Geschäftsführer Christian Umlauf vertiefte die Kritik und nannte einige aktuelle Aufgaben. Die Kultur kam in gekonnter Weise von der



großartigen Sängerin Hannah Cottone, die u.a. an der Neunkircher Musical Schule als Dozentin arbeitet. In lockerer Art interviewte Christian Umlauf bei jeder Ehrung ein paar Kolleg*innen, die berichteten wie sie zur Gewerkschaft ge-



kommen sind. Interessant, dass dreimal Interviewte die Notwendigkeit des stärken Engagement der Gewerkschaft im Kampf für Frieden betonten, insbesondere das Vorhaben 5 % des BIP für Rüstung ausgeben zu wollen, wurde kritisiert.

Nach den Ehrungen und der Übergabe der Geschenke, gab es ein ansehnliches und reichliches Büfett. Die Kolleginnen und Kollegen Liesen es sich schmecken. Das haben sie sich allerdings auch verdient.

Ehre, dem Ehre gebührt.



8. Oktober im E-Werk:

Mitbestimmungsmesse 25

Der DGB lädt zur Mitbestimmungsmesse Saar 2025 ein.

Diese Messe richtet sich an Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Gewerkschaften. Die Messe bietet eine einmalige Plattform zum Austausch, zur Vernetzung und zur Information über aktuelle Themen der Mitbestimmung.



Mitbestimmungsmesse 2023 beim BR SHG Sonnenberg

Sie findet nun zum dritten Mal am 8. Oktober 2025, von 9:00 bis 16:00 Uhr im E-Werk Saarbrücken in der Dr.-Tietz-Straße 14 statt.

Anmeldung: besucher@mitbestimmung-saar.de

Widerspruch bei Porsche:

Betriebsrat gegen Rüstungsproduktion

Die Porsche SE, die Holding der Familie Porsche und Piech, plant, in die Rüstungsindustrie zu investieren, um auf den Boom im Verteidigungssektor zu setzen. Auch im Saarland hoffen einige Politiker auf Rüstungsaufträge. Krisenzeiten setzen Beschäftigte unter Druck. Es herrscht Angst um den Arbeitsplatz in der Industrie.

Aber viele Kolleg*innen sind nicht begeistert, so erinnern sich die Beschäftigten bei Porsche an die Kriegsgewinne. Wer verdient schon gerne am Leid und Tod anderer Menschen.

Der Konzernbetriebsrat bei Porsche lehnt den Einstieg in die Rüstungsproduktion ab und nennt unter anderem technologische, strategische und ethische Gründe, wie die Volkswagen-Unternehmensgeschichte und die Unsicherheit von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie.

Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind unsicherer als in vielen anderen Branchen. Es kann zu Auftragsrückgängen kommen, da die Nachfrage von politischen Entscheidungen abhängt. Rüstungsproduktion ist mit Kriegen verbunden – eine Entspannung der internationalen Beziehungen kann zu einem Rückgang der Nachfrage und zu Arbeitsplatzverlusten führen. Viele Beschäftigte wollen, dass ihre Arbeit auch im Privatleben Ansehen hat; das ist bei einer Branche, die davon lebt, dass kein Frieden herrscht, schwer möglich. Und Rüstungsbetriebe haben häufig hohe Sicherheitsanforderungen, was besondere Überprüfungen von Bewerbern zur Folge hat.

ÖFFENTLICHER DIENST

Tarifrunde steht an

Für die 2,6 Millionen Tarifbeschäftigten und Beamt*innen der Länder startet die Tarifrunde. Aktuell werden die Forderungen diskutiert. Im November werden die Forderungen beschlossen, im Dezember gehen die Verhandlungen in die erste Runde. Es geht um viel, wird es gelingen die Lücken zu schließen? Eins ist klar: Die Kolleginnen und Kollegen des Öffentlichen Dienstes brauchen unsere Solidarität.



WELTWEITE FRIEDENSKONZERTE

**21
09
2025**

**LIVE
PEACE**

**16:00
20:00**

**HOMBURG
Saar
Saalbau**

&

8 Friedensnobelpreisträger rufen auf

**Yael Deckelbaum • Meera Eilabouni
Irina Fedorova & Svetlana Aldoshyna
TAKE FOUR**

**Tickets & Spenden
live-peace.com**

#wewantpeace

Ticketpreis 17,25–21,95 Euro

design by ine sketch

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf